

Bahnlärm: CDU will „Lärmschutz-Gesamtkonzept“ als Modellprojekt am Mittelrhein

Oberwesel, 15.01.2013

CDU-Kreisverbände entlang des Rheins fordern Lärmschutz, der als Modellprojekt am Mittelrhein mit höchster Priorität umgesetzt wird

In einer gemeinsamen Resolution setzen sich die CDU-Kreisverbände entlang des Rheins für ein „Lärmschutz-Gesamtkonzept“ ein. In diesem Gesamtkonzept soll Lärmschutz am Mittelrhein auf der Basis eines sich ergänzenden Maßnahmenpaketes als Modellprojekt mit höchster Priorität umgesetzt werden. „Der Projektbeirat hat die einmalige Möglichkeit, die Reduzierung des Bahnlärms am Mittelrhein voranzutreiben. Daher müssen die Lärmschutzmaßnahmen höchste Priorität genießen“, betonen der CDU-Kreisvorsitzende Hans-Josef Bracht und der stellvertretende CDU-Kreisvorsitzende Jan Hartel.

Konkret fordert die CDU die Umrüstung des rollenden Materials bei gleichzeitiger Verbesserung des Gleisbetts. In diesem Zusammenhang strebt die CDU ein Verbot von Graugussbremsen an Güterwagen auf deutscher und darüber hinaus auf europäischer Ebene an. „Denn durch die Umrüstung kann bereits die Lärmverursachung halbiert werden“, betont Hartel. Ein Nachtfahrverbot für alle nicht bis Ende 2015 umgebauten Züge sowie eine entsprechende Erhöhung der eingeführten lärmabhängigen Trassenpreise sollen den nötigen Druck für eine schnelle Umrüstung des rollenden Materials erhöhen. „Da aber die Menschen auch unbedingt kurzfristig entlastet werden müssen, setzen wir uns für ein sofortiges nächtliches Tempolimit von 50 km/h zwischen 22.00 und 06.00 Uhr für nicht umgebaute Züge ein. Denn dadurch können die gerade in den Nachtstunden entstehenden Belastungen reduziert werden“, betont Bracht.

Mit Blick auf die durch die Öffnung des Gotthard-Tunnels an die Kapazitätsgrenzen gelangende Rheinstrecke fordert die CDU die Ertüchtigung bereits bestehende Strecken wie die Eifel-Bahnstrecke und die Planung und den Bau einer Alternativtrasse für den Güterverkehr. Dazu strebt die CDU eine Aufnahme in den fortzuschreibenden Bundesverkehrswegeplan an. Zudem ist aus Sicht der CDU eine Neuauflage des Bundesverkehrswegebeschleunigungsgesetzes mit dem Ziel einer schnellen Realisierung einer Alternativstrecke dringend geboten.

Diese Maßnahmen sollen perspektivisch durch weitere gesetzliche Änderungen flankiert werden. Dabei strebt die CDU die Gültigkeit der in der 16. Bundesimmissionsschutzverordnung vorgesehenen strengeren Grenzwerte für Lärmimmissionen ab dem Jahr 2020 auch für bereits bestehende Eisenbahnstrecken und ein Heruntersetzen entsprechend der Forderungen der WHO zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung auf maximal 45 Dezibel in der Nacht, eine Abschaffung des sog. Schienenbonus und die Zugrundelegung der Maximalpegelhäufigkeit bei der Berechnung der Immissionswerte an.

Entstanden ist die CDU-Resolution in einer CDU-Bahnlärm-Konferenz mit den CDU-Kreisverbänden Ahrweiler, Koblenz, Mainz, Mainz-Bingen, Mayen-Koblenz, Neuwied, Rheingau-Taunus, Rhein-Hunsrück und Rhein-Lahn. „Es ist ein starkes Signal, dass neun CDU-Kreisverbände aus zwei Bundesländern über Kreis- und Landesgrenzen hinweg an einem Strang ziehen“, so Bracht und Hartel. Mit den Maßnahmen will die CDU die Arbeit des kürzlich gegründeten Projektbeirats unterstützen und vorantreiben. Der Projektbeirat soll aus Sicht der CDU zu einem wesentlichen Projektsteuerungsinstrument zur Erarbeitung und

Begleitung von Maßnahmen sowie zur Einbringung von Bürgerinteressen entwickelt werden. „Die Umsetzung der Maßnahmen zur Reduzierung des Bahnlärms muss jedoch bei allen Akteuren höchste Priorität genießen. Daher werden wir auch bei den anderen Parteien um Unterstützung werben“, betont Bracht und Hartel ergänzt: „Denn die Zeit der parteipolitisch motivierten Spielchen muss zu Ende sein. Die Menschen wollen eine Reduzierung des Bahnlärms – und das erreichen wir nur gemeinsam mit allen handelnden Akteuren!“



Bildunterschrift:

Geballte Polit-Prominenz aus Europaparlament, Bundestag und Landtagen konnten der CDU-Kreisvorsitzende Hans-Josef Bracht (rechts) und der CDU-Gemeindeverbandsvorsitzende und stellvertretende CDU-Kreisvorsitzende Jan Hartel (vorne, 4. v. r.) bei der „CDU-Bahnlärm-Konferenz“ begrüßen. Dabei fordern die CDU-Kreisverbände ein „Lärmschutz-Gesamtkonzept“, in dem Lärmschutz als Modellprojekt mit höchster Priorität umgesetzt wird.